

1 **Energie muss bezahlbar bleiben! –**
2 **Bürger und Wirtschaft vor Preisexplosionen schützen**
3
4

5 Die Sächsische Union betrachtet mit Sorge die stark steigenden Energiepreise.
6 Die damit verbundenen Mehrkosten treffen alle Bürgerinnen und Bürger und
7 besonders unsere mittelständisch geprägten Unternehmen. Wir als Sächsische
8 Union setzen uns dafür ein, dass Energie kein Luxusgut und
9 Spekulationsgegenstand wird und für Bürger und Unternehmen bezahlbar bleibt.
10 Denn Energie und ihre Bezahlbarkeit bilden eine wichtige Grundlage der
11 Daseinsfürsorge.

12
13 Mit dem sogenannten Brennstoffemissionshandelsgesetz verfolgte der
14 Gesetzgeber das Ziel, mit Hilfe eines Emissionszertifikatehandels (CO₂-
15 Bepreisung) fossile Rohstoffe zu verteuern und damit einen Anreiz zu schaffen
16 Treibhausgasemissionen zu reduzieren – im Ergebnis werden fossile
17 Energieträger kontinuierlich teurer. Durch die aktuellen Entwicklungen auf dem
18 Energiemarkt wird dieses Ziel aber bereits durch andere Marktfaktoren erreicht.
19 Die Bundesregierung muss umdenken und handeln. Das Hauptaugenmerk muss
20 weiterhin auf den drei bekannten Säulen beruhen: Bezahlbarkeit der Energie für
21 Bürger und Wirtschaft, Versorgungssicherheit und Senkung des
22 Energieverbrauchs. Wettbewerbsnachteile durch zu hohe Energiepreise müssen
23 zwingend vermieden werden.

24
25 Vor diesem Hintergrund setzt sich die Sächsische Union zur Entlastung aller
26 Verbraucher für die sofortige Abschaffung der EEG-Umlage und die Senkung der
27 Energiesteuern auf ein europäisches Mindestniveau ein. Damit können die
28 Stromkosten für alle Verbraucher mindestens halbiert werden.

29
30 Um Strom- und Energiekosten nachhaltig zu senken, setzen wir uns zudem dafür
31 ein die Energieeffizienz bei Neubauten sowie Gebäudesanierungen weiter zu
32 steigern und Angebote der Energieberatung weiter auszubauen.

33
34 Der geplante Ausstieg aus der Kohleverstromung ist an der gesicherten 24
35 Stunden/ 7 Tage Grundlastversorgung unseres Landes zu orientieren. Dabei ist
36 die Preisentwicklung auf dem Energiesektor zu beachten, denn Deutschland hat
37 jetzt schon Höchstpreise beim Strom im europäischen Vergleich.

38
39 Daher darf der Kohleausstieg erst dann erfolgen, wenn die Energiepreisstabilität
40 und Versorgungssicherheit (24/7) vollständig gewährleistet ist. Ergänzend ist
41 notwendig, die technischen Möglichkeiten – wie zum Beispiel

42 Speichertechnologien – und die Wechselwirkungen mit den sich stetig
43 verändernde Wärme- und Verkehrssektor fortlaufend neu zu bewerten und
44 danach das Konzept für einen Kohleausstieg entsprechend anzupassen.

45

46 Auch sind der Fortschritt beim Ausbau der Übertragungsnetze und die
47 Überwindung der bestehenden Netzengpässe in die Bewertung mit
48 einzubeziehen. Darüber hinaus sind insbesondere die Wechselwirkungen mit
49 dem europäischen Emissionshandelssystem zu beachten, dass die europäischen
50 CO₂-Emissionen deckelt und zielkonform reduziert.

51

52 Bei der Weiterentwicklung des Energiekonzepts müssen die Energieeffizienz, die
53 Energiespeicherung sowie wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die
54 energieintensive Industrie stärker berücksichtigt werden.

55

56 Im Zuge des Kohleausstiegs, sind auch Planungs- und Genehmigungsverfahren zu
57 beschleunigen. Dazu sind die Voraussetzungen für einen beschleunigten Aus-
58 und Neubau von Stromtrassen zu schaffen, um Sicherheit für Investoren bei
59 Ihren Investitionen in neue Energieerzeugungsmodelle zu geben.

60

61 Eine wesentliche Forderung der Sächsischen Union ist in diesem Zusammenhang,
62 die bis 2025 geplante Erhöhung der CO₂-Zertifikatspreise auszusetzen, solange
63 die Preise sich auf Rekordniveau bewegen.

64

65 Ein schneller Ausstieg aus der Braunkohle als Energieträger führt kurzfristig zu
66 einer Preisspirale bei Strom und kohlebasierten Energieträgern.

67

68 Die Pendlerpauschale muss um 5 Cent angehoben werden, um die gestiegenen
69 Kraftstoffkosten, die für den Arbeitsweg der Pendler anfallen, abfangen zu
70 können.

71

72 Die Sächsische Union spricht sich dafür aus, die Energiewende im Freistaat mit
73 direkter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei lokalen Maßnahmen zu
74 gestalten. Örtliches bürgerschaftliches Engagement beim Ausbau erneuerbarer
75 Energiegewinnung muss künftig noch besser unterstützt werden.